

ZURÜCK IN DIE VERGANGENHEIT? DIE ROLLE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI IN TSCHECHIEN

Hubert Gehring / Mathias Paul

Bevölkerungsumfragen in Mittel- und Osteuropa in den letzten Jahren bezeugen, dass in den Gesellschaften dieser Länder ein hohes Maß an kommunistischer Nostalgie festzustellen ist. Die Bedeutung, die diesem Phänomen auch in der Forschung zugeschrieben wird, schlägt sich allein schon in der Wortneuschöpfung „Ostalgie“ nieder, die im Zusammenhang mit der aktuellen deutschen Debatte über dieses Thema entstanden ist. Diese spezielle Form der Nostalgie ist scharf von sozial-kultureller Nostalgie zu unterscheiden, welche sich z. B. in der Sehnsucht nach damaligen Produkten wie Lebensmitteln oder Musik manifestiert. Kommunistische Nostalgie bedeutet vielmehr, dass immer mehr Bürger der postkommunistischen Staaten aufgrund vermeintlich negativer Erfahrungen mit den neuen demokratischen Institutionen oder ihrer Unzufriedenheit mit der momentanen wirtschaftlichen Situation der Meinung sind, „Verlierer“ der Transformation zu sein. Die Rückkehr zur kommunistischen Herrschaft kann für diese Bürger zu einer denkbaren, ja gar wünschenswerten Option werden. Diese im Rückblick positive und verklärende Bewertung des damaligen Regimes, welche die eklatanten Schattenseiten unerwähnt lässt und damit letztlich sogar trivialisiert, ist vor allem hinsichtlich der demokratischen Konsolidierung der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten problematisch.



Dr. Hubert Gehring ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tschechien und der Slowakei.



Mathias Paul studiert Politikwissenschaft, Anglistik und Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

Diese im Rückblick positive und verklärende Bewertung des damaligen Regimes, welche die eklatanten Schattenseiten unerwähnt lässt und damit letztlich sogar trivialisiert, ist vor allem hinsichtlich der demokratischen Konsolidierung der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten problematisch.

kratischen Konsolidierung der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten problematisch. Konsolidierung wäre in diesem Zusammenhang eine Anerkennung und Routinisierung demokratischer Normen und Werte, vor allem auf der Bürgerebene, die dazu führt, dass die Demokratie als Staatsform von einer Mehrheit als „the only game in town“¹ anerkannt wird. Das Auftreten kommunistischer Nostalgie gefährdet demnach nicht *per se* das demokratische System, verhindert aber eine positive demokratische Konsolidierung, bei der es eben nicht mehr nur um die Verhinderung eines Zusammenbruchs des gegenwärtigen politischen Systems geht, sondern vielmehr darum, bereits existierende demokratische Strukturen und Institutionen zu verbessern und zu festigen.

OSTALGIE IN TSSCHECHIEN?

Betrachtet man in diesem Kontext die Tschechische Republik, so ist einerseits anhand von Umfragen abzulesen, dass die deutliche Mehrheit der Bürger (etwa 70 Prozent) die Demokratie als Regierungsform unterstützt und anerkennt, was sich nicht zuletzt an Tschechiens Mitgliedschaft in der NATO und der EU zeigt. Andererseits gibt es in keinem anderen post-kommunistischen Staat eine so starke kommunistische Partei (KČSM), die sich zudem nach 1989 nicht bzw. nur unmerklich reformiert hat und trotzdem in der Gesellschaft akzeptiert wird. Dies belegen konstant hohe Wahlergebnisse von 12 bis 18 Prozent bei den tschechischen Parlamentswahlen seit 1990 und die starke Rolle der KČSM in den Regionalparlamenten. Hinsichtlich der Gründe für derartige Tendenzen lassen sich in der Forschung zwei dominierende Erklärungsansätze unterscheiden, anhand derer das Phänomen

Zum einen kann Ostalgie durch die politische Erziehung und Wertevermittlung im ehemaligen kommunistischen System hervorgerufen werden und wäre somit generationsabhängig. Folglich ist davon auszugehen, dass Ostalgie vor allen unter älteren Leuten auftritt, die unter dem Einfluss kommunistischer Normen und Werte im damaligen System aufgewachsen sind.

analysiert werden kann. Zum einen kann Ostalgie durch die politische Erziehung und Wertevermittlung im ehemaligen kommunistischen System hervorgerufen werden und wäre somit generationsabhängig. Folglich ist davon auszugehen, dass Ostalgie vor allen unter älteren Leuten auftritt, die unter dem Einfluss kommunistischer Normen und Werte im damaligen System aufgewachsen sind. Bei jüngeren Leuten dürfte dies im Umkehrschluss zumindest

1 | Der amerikanische Politikwissenschaftler Adam Przeworski prägte diesen Begriff in seinem Buch *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*.

nicht im gleichen Maße der Fall sein. Zum anderen kann kommunistische Nostalgie durch das Gefühl hervorgerufen werden, Verlierer der ökonomischen Transformation zu sein. Dies scheint einerseits mit der chaotischen Privatisierung und der dubiosen Geschäftemacherei nach 1989 zusammenzuhängen, andererseits aber auch mit der Ernüchterung über steigende Arbeitslosenzahlen und sinkende soziale Sicherheit. In diesem Zusammenhang scheint die kommunistische Partei Böhmens und Mährens eine wichtige Rolle zu spielen. Da sie sich als Anti-System-Partei und Alternative zum Kapitalismus präsentiert, wird sie für eben diese Verlierer der politischen und wirtschaftlichen Transformation zu einer attraktiven Option.

KOMMUNISTISCHE SOZIALISATION UND DER GENERATIONENEFFEKT

Bei der Untersuchung des ersten Erklärungsansatzes ist eine klare Trennung zwischen älteren Menschen, die im sozialistischen System sozialisiert wurden, und jüngeren, die mehrheitlich lediglich den Zerfall der Sowjetunion bewusst erleben, zu erwarten. Die Gültigkeit dieser These bestätigen Umfragedaten des New Europe Barometers aus den Jahren 2001 und 2004.² Die Frage, ob eine Rückkehr zum kommunistischen System wünschenswert sei, beantworteten im Jahr 2001 immerhin 29 Prozent der über 50-jährigen tschechischen Bürger mit „Ja“, 2004 waren es immer noch 22 Prozent. Im Vergleich dazu liegt die Zustimmung bei den 18- bis 29-Jährigen bei acht bzw. sechs Prozent, die der 30- bis 49-Jährigen wiederum bei zwölf bzw. neun Prozent. Hier ist ein Generationeneffekt erkennbar: Mit zunehmendem Alter der Befragten steigt die Wahrscheinlichkeit der Befürwortung einer Rückkehr zum kommunistischen System. Diese Einschätzung wird auch von Dr. Vladimír Handl vom Institut für Internationale Beziehungen (IIR) in Prag geteilt, der zudem darauf hinweist, dass sich die

Die Frage, ob eine Rückkehr zum kommunistischen System wünschenswert sei, beantworteten im Jahr 2001 immerhin 29 Prozent der über 50-jährigen tschechischen Bürger mit „Ja“, 2004 waren es immer noch 22 Prozent. Im Vergleich dazu liegt die Zustimmung bei den 18- bis 29-Jährigen bei acht bzw. sechs Prozent, die der 30- bis 49-Jährigen wiederum bei zwölf bzw. neun Prozent.

2 | Vgl. Joakim Ekman und Jonas Linde, „Communist Nostalgia and the Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe“, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 21 (2005), 3, S. 354-364; Joakim Ekman und Jonas Linde, „Fond Memories of Dictatorship? – Nostalgia and Support for Democracy in Post-Communist Europe“, in: Uwe Backes (Hrsg.), *Totalitarismus und Transformation* (Göttingen: 2009), S. 241-260.

Denkweise der älteren Generation in den verschiedenen Gesellschaftsschichten nicht wesentlich voneinander unterscheidet. Selbst hoch qualifizierte Bürger der älteren Generation, die finanziell abgesichert und auch gesellschaftlich keinesfalls zu den Verlierern der Transformation zu zählen sind, blenden die negativen Aspekte des kommunistischen Systems oft aus und erkennen die durch die Demokratisierung des Landes deutlich verbesserte Situation nicht an. Insgesamt verbindet diese Bevölkerungsgruppe eine sehr verengte und asymmetrische Sichtweise auf Vergangenheit und Gegenwart, die zum Teil sogar in Nihilismus gegenüber der aus ihrer Sicht „so genannten Demokratie“ in Tschechien umschlägt. Zu erklären ist dies – so Handl – mit der Verinnerlichung des damaligen unkritischen Schwarz-Weiß-Denkens und des im Kommunismus gänzlich fehlenden gesellschaftspolitischen Diskurses.³

Gemäß der Umfrageergebnisse ist allerdings durchaus denkbar, dass das Phänomen der kommunistischen Nostalgie durch den Generationeneffekt in Zukunft deutlich zurückgehen und an Bedeutung verlieren wird. Die jüngere Generation steht der gegenwärtigen politischen Situation in der Tschechischen Republik zwar keinesfalls unkritisch gegenüber, eine – auch gedankliche – Rückkehr zum ehemaligen System, welches sie vor allem als menschenverachtend wahrgenommen hat, kommt für sie jedoch unter keinen Umständen in Frage.

Gemäß der Umfrageergebnisse ist allerdings durchaus denkbar, dass das Phänomen der kommunistischen Nostalgie durch den Generationeneffekt in Zukunft deutlich zurückgehen und an Bedeutung verlieren wird. Die jüngere Generation steht der gegenwärtigen politischen Situation in der Tschechischen Republik zwar keinesfalls unkritisch gegenüber, eine – auch gedankliche – Rückkehr zum ehemaligen System, welches sie vor allem als menschenverachtend wahrgenommen hat, kommt für sie jedoch unter keinen Umständen in Frage. In diesem Bevölkerungsteil scheint es kaum Potenzial für kommunistische Nostalgie zu geben. Viel-

mehr sind sich die jüngeren Menschen des Mehr an Freiheit und den neuen (Menschen-)Rechten in einer Demokratie durchaus bewusst und versuchen auftretende Probleme mit den gegebenen demokratischen Mitteln systemimmanent anzugehen und zu lösen. Diese „demokratische Denkweise“ wird wiederum durch Daten des *New Europe Barometer* bestätigt, die besagen, dass sowohl 2001 als auch 2004 über 80 Prozent der unter 50-Jährigen jegliche autoritäre Regierungsform ablehnten und im Umkehrschluss die Demokratie im eigenen Land als dominante Regierungsform anerkannten. Zentral an dieser Umfrage ist, dass zwei Drittel der älteren

3 | Vgl. Gespräch des Autors mit Dr. Vladimír Handl vom Institut für Internationale Beziehungen in Prag am 14.09.2009.

Generation alle vorgeschlagenen autokratischen Alternativen ablehnten. Es wäre somit nicht richtig, die ältere Generation der Tschechischen Republik *en masse* als „verlorene Generation“ oder gar als undemokratisch zu bezeichnen. Denn insgesamt präsentiert sich Tschechien in diesen Umfragen als stabile Demokratie mit guten Aussichten auf eine zukünftige vollständige demokratische Konsolidierung. Insgesamt 75 Prozent der Befragten, der Spitzenwert unter den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, lehnen jegliche autoritäre Alternative zur Demokratie kategorisch ab.

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI UND DIE „VERLIERER“ DER TRANSFORMATION

Neben der Erklärung von Ostalgie durch Sozialisation im damaligen Regime, scheinen es aber vor allen Dingen ökonomische Gründe zu sein, die das Auftreten kommunistischer Nostalgie befördern. *New Europe Barometer*-Daten von 2004 zeigen, dass 45 Prozent der tschechischen Bevölkerung die Planwirtschaft des damaligen kommunistischen Systems im Rückblick positiv bewerteten. Dem aktuellen marktwirtschaftlichen Modell stehen zwar 66 Prozent der Befragten positiv gegenüber, jedoch sind nur knapp über die Hälfte (54 Prozent) auch mit ihrer momentanen persönlichen wirtschaftlichen Situation zufrieden. Als Ursache für diese Einschätzung kann der gefühlte Verlust an sozialer Sicherheit herangezogen werden. Garantierte das kommunistische System noch Arbeitsstelle, Wohnung, Altersversorgung und andere soziale Sicherheiten (die Qualität der Leistungen ist hierbei nicht bewertet worden), so kann das aktuelle marktwirtschaftliche System dies nicht in gleichem Maße leisten – zumindest wird dies so aufgefasst. Vielmehr scheint der Transformationsprozess von einer sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft hin zu einer kapitalistischen Wirtschaftsform Teile der Bevölkerung enttäuscht zu haben. Diese sozioökonomische Konfliktlinie, entlang derer sich die tschechische Bevölkerung aufspaltet, birgt großes Wählerpotenzial für die kommunistische Partei Tschechiens. Langfristiges Ziel dieser Partei ist der Systemwandel – die Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus. Um dies zu erreichen, setzt sich die KSČM primär für eine stärkere Involvierung des Staates in die Wirtschaft ein. Ihr Parteiprogramm sieht dementsprechend eine Vergesellschaftung der Schlüsselsegmente der Wirtschaft vor, um so die Steuerungs- und Regulierungsfähigkeit des Staa-

tes zu erhöhen.⁴ Einmünden soll dies in einen „modernen Sozialismus“, welcher auf sozialer Gerechtigkeit sowie demokratischem, wirtschaftlichem und politischem Pluralismus aufbauen soll.⁵ In diesem Rahmen werden Vollbeschäftigung, eine Erhöhung der Renten und andere weitreichende soziale Sicherheiten versprochen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die KSČM in kleineren Städten und eher konjunkturschwachen Regionen die höchsten Stimmengewinne erzielt. Besonders stark ist sie in den Regionen Nordböhmens und Nordmährens; Gebiete, in denen der traditionelle Industriesektor deutlich an Bedeutung verloren hat. Eben jene Regionen waren nach der Wende 1989 besonders stark von aufkommender und sich schnell ausbreitender Arbeitslosigkeit betroffen. Doch auch in den ehemaligen deutschsprachigen Regionen hat die KSČM ihre Hochburgen. In diesen wird die Partei weiterhin als Geber von Land und Häusern betrachtet und hat nur relativ wenig ihrer vormaligen Machtposition eingebüßt.⁶ In Prag hingegen, der Region mit den meisten Transformationsgewinnern, ist die KSČM

Bei den Parlamentswahlen 2006 erhielt die KSČM lediglich 7,9 Prozent der Stimmen. Seit der Wende war es der KSČM dennoch möglich, als Anti-System-Partei und als Alternative zum Kapitalismus große Teile der tschechischen Bevölkerung zu mobilisieren und auf nationaler Ebene nach der ODS (Bürgerdemokraten) und der ČSSD (Sozialdemokraten) drittstärkste Kraft zu werden. Die Wahlergebnisse lagen dabei seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 konstant bei zehn bis 13 Prozent, 2002 schaffte es die Partei sogar auf über 18 Prozent der Wählerstimmen.

im Vergleich schwach. Bei den Parlamentswahlen 2006 erhielt die KSČM lediglich 7,9 Prozent der Stimmen. Seit der Wende war es der KSČM dennoch möglich, als Anti-System-Partei und als Alternative zum Kapitalismus große Teile der tschechischen Bevölkerung zu mobilisieren und auf nationaler Ebene nach der ODS (Bürgerdemokraten) und der ČSSD (Sozialdemokraten) drittstärkste Kraft zu werden. Die Wahlergebnisse lagen dabei seit den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 konstant bei zehn bis 13 Prozent, 2002 schaffte es die Partei sogar auf über 18 Prozent der Wählerstimmen. Hinsichtlich der Zielsetzungen der KSČM muss diese konstant hohe Zustimmung über nunmehr 20 Jahre sehr kritisch gesehen werden. Denn anders als andere kommunistische Nachfolgeparteien in den Staaten

4 | Vgl. Berichte zum sechsten und siebten Kongress der KSČM. Online verfügbar unter: <http://www.kscm.cz/index.asp?thema=3239&category> [01.10.2009].

5 | Vgl. Vladimír Handl, „Die tschechische kommunistische Partei: Orthodoxes Fossil oder erfolgreiche neo-kommunistische Protestpartei?“, in: *Politikinformation Osteuropa*, 105 (2002), S. 2–23.

6 | Vgl. Stanislav Holubec, „Die radikale Linke in Tschechien“, in: Birgit Daiber und Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), *Die Die Linke in Europa. Analysen zu linken Parteien und Parteiallianz* (Berlin: 2009), S. 116–125.

Mittelost- und Osteuropas hält die KSČM weiterhin an der traditionellen kommunistischen Ideologie, den Symbolen und ihrer Identität fest.⁷ Jan Puhl, Redakteur des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, äußert sich hierzu, dass es die kommunistische Partei seit der Wende 1989 gerade einmal geschafft habe, Hammer und Sichel im Logo gegen eine Kirsche (das aktuelle Logo) auszutauschen.⁸ Und in der Tat: Die KSČM hat sich seit 1989 in keinem offiziellen Dokument von stalinistischen oder leninistischen Praktiken distanziert. Als Beweis hierfür kann das Verbot der Jugendorganisation der KSČM, dem „Bund der kommunistischen Jugend“ angeführt werden. Dieser war stark stalinistisch orientiert und trug – anders als die Mutterpartei – weiterhin Hammer und Sichel in ihrem Logo. Im Jahr 2008 wurde die Organisation vom tschechischen Innenministerium aufgelöst und verboten. Doch scheint die durch die kommunistische Partei symbolisierte politische Nostalgie bei den Verlierern der Wende gut anzukommen.

Interessant ist nun die Frage, ob die ökonomische Unzufriedenheit unter den Bürgern, welche der Hauptgrund für die Wahl der KSČM zu sein scheint, ebenfalls einem Generationeneffekt unterliegt. Bei Betrachtung der Analyse der Wählerschaft der Parlamentswahlen des Jahres 2006 lässt sich zunächst allgemein festhalten, dass die soziale Schicht und das Alter in Tschechien große Auswirkungen auf die persönliche Wahlentscheidung haben.⁹ Bezogen auf die Wählerschaft der KSČM sind es vor allem ältere Menschen mit schlechter Ausbildung und niedrigem Einkommen, die bei Wahlen ihr Kreuz bei der KSČM machen; 20 Prozent der Wahlberechtigten im Alter von 55 bis 64 Jahren wählten 2006 die kommunistische Partei, bei den über 65-Jährigen waren es sogar 33 Prozent. Dies lässt sich mit Blick auf die genannten Aspekte begründen: Die ältere Bevölkerung war, speziell in konjunkturschwachen Gebieten, das erste „Opfer“ der Transformation und leidet stark unter abfallenden Renten. Betrug die durchschnittliche Rente Anfang der neunziger Jahre noch 54 Prozent des vorherigen Lohnes, so sind es mittlerweile nur

7 | Vgl. Vladimír Handl, „Die tschechische kommunistische Partei: orthodoxes Fossil oder erfolgreiche neo-kommunistische Protestpartei?“, in: *Politikinformation Osteuropa*, 105 (2002), S. 2–23.

8 | Vgl. Jan Puhl, „Kalte Dusche“, in: *Der Spiegel Online*, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,306917,00.html> [16.09.2009].

9 | Vgl. Holubec (2009).

noch 40 Prozent. Zudem wird der Generation der heutigen Rentner oftmals die Schuld an der Existenz des Kommunismus gegeben. Ein Generationeneffekt ist demnach auch hier zu beobachten, denn von den 25- bis 34-Jährigen haben 2006 nur vier Prozent die Kommunisten gewählt, in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen waren es lediglich ein Prozent der Wahlberechtigten. Mit Blick auf ihre Wähler ist zu konstatieren, dass die KSČM so gut wie keine Anhänger in den gesellschaftlichen Eliten, unter den Aktivisten der Zivilgesellschaft oder Akademikern hat. Dies bestärkt die These, dass die junge Generation systemimmanent nach demokratischen Alternativen sucht, die sich z. B. ganz aktuell durch die Gründung der Partei TOP 09 oder beispielsweise auch durch die Grünen bieten. Die wenigen jungen Menschen, die die KSČM tatsächlich wählen, tun dies folglich meist auch nicht aus programmatischen Gründen oder aus der Hoffnung heraus, dass die KSČM wesentliche Punkte ihrer Agenda politisch implementieren kann, sondern aus Protest und als Zeichen ihrer Unzufriedenheit mit den gebotenen demokratischen Alternativen.

INDIFFERENZ IN DER TSCHECHISCHEN GESELLSCHAFT

Nichtsdestotrotz ist es verwunderlich, dass auch die junge Generation der KSČM als Teil der politischen Realität Tschechiens so indifferent gegenüber zu stehen scheint. Obwohl die Partei ganz offen nur die positiven Aspekte der kommunistischen Herrschaft vor 1989 herausstellt und sich bis heute nicht zu den Verbrechen in dieser Zeit bekennt, geschweige denn entschuldigt, hat sich die Stellung der Partei in der Öffentlichkeit normalisiert. Viele Bürger akzeptieren die Partei als wesentlichen Teil des politischen Spektrums in der Tschechischen Republik. Vladimír Handl geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass lediglich ein Drittel der tschechischen Bevölkerung tatsächlich Anstoß an der Existenz einer kommunistischen Partei nimmt, deren Funktionäre und Mitglieder mehrheitlich noch in marxistisch-leninistischen, teils stalinistischen Ideologievorstellungen verhaftet sind.¹⁰ Diese Einschätzung wird auch von Bevölkerungsumfragen bestätigt. Hier wird von einem Drittel der Befragten die KSČM so-

10 | Vgl. Gespräch mit Dr. Vladimír Handl vom Institut für Internationale Beziehungen in Prag, am 14.09.2009.

gar als demokratische Partei bezeichnet.¹¹ Allerdings ist die Partei in Bezug auf Koalitionsbildung auf nationaler Ebene – zumindest bisher – weitestgehend isoliert. Doch fehlt in Tschechien ein öffentlicher Diskurs über die destruktive Wirkung der kommunistischen Partei auf das politische und gesellschaftliche System des Landes im Allgemeinen. So ist es der Partei gelungen, das Institut für die Aufarbeitung des Regimes (vergleichbar mit der deutschen Birtler-Behörde) unter starken politischen Druck zu setzen. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass die Partei nicht an einer umfassenden Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft interessiert ist. Auch ist einem Großteil der Bevölkerung nicht bewusst, dass die Partei im Rahmen der Wahlkampfkostenerstattung in der letzten Legislaturperiode rund 88 Millionen Kronen erhalten hat.¹² Gleichwohl verhindert die KSČM mit ihren 25 Sitzen im Parlament stabile Mehrheitskoalitionen auf nationaler Ebene und somit einen Stabilisierungsprozess des tschechischen Parteiensystems. So hatte die Regierungskoalition 2002 lediglich eine Mehrheit von einem Sitz. Im Jahr 2006 kam es nach einem Patt der politischen Lager nur aufgrund von Überläufern zu einer Regierungsmehrheit. Wie instabil diese Koalitionen sind, hat nicht zuletzt der Sturz der Regierung Topolánek im März 2009 verdeutlicht. Daher sind die demokratischen Parteien auf nationaler Ebene bei Gesetzesentwürfen und in Abstimmungen, die eine konstitutionelle Mehrheit verlangen, regelmäßig auf die Unterstützung der KSČM angewiesen, wodurch gezielt um die Stimmen der KSČM geworben werden muss. Dergestalt empfing Staatspräsident Vaclav Klaus im Vorfeld der Präsidentenwahl 2003 Vertreter der kommunistischen Partei, um sich für die anstehende Präsidentenwahl die benötigten Stimmen und somit eine ausreichende Mehrheit zu sichern. Auch seine Wiederwahl im Jahr 2008 gelang erst dank der indirekten Unterstützung des kommunistischen Lagers. Eine derartige Politik der Rehabilitierung ist ein weiteres Indiz für die sich normalisierende Stellung der KSČM in der tschechischen Gesell-

Gleichwohl verhindert die KSČM mit ihren 25 Sitzen im Parlament stabile Mehrheitskoalitionen auf nationaler Ebene und somit einen Stabilisierungsprozess des tschechischen Parteiensystems. So hatte die Regierungskoalition 2002 lediglich eine Mehrheit von einem Sitz. Im Jahr 2006 kam es nach einem Patt der politischen Lager nur aufgrund von Überläufern zu einer Regierungsmehrheit. Wie instabil diese Koalitionen sind, hat nicht zuletzt der Sturz der Regierung Topolánek im März 2009 verdeutlicht.

11 | Vgl. *KAS-Länderbericht* vom 11. Juni 2002: „Tschechien vor den Parlamentswahlen“, online verfügbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.593> [20.2.2010].

12 | Vgl. Handl (2002).

schaft und muss – zumindest zu einem gewissen Grad – auch als Ursache für die gesamtgesellschaftliche Indifferenz angesehen werden. Durch die aktive politische Zusammenarbeit anderer demokratischer Parteien mit der KSČM kann die Partei in der Wahrnehmung der Bevölkerung das linke politische Spektrum zumindest teilweise verlassen.

AUSBLICK – DIE ZUKÜNFTIGE ROLLE DER KSČM IN DER TSCHECHISCHEN PARTEIENLANDSCHAFT

Es ist unbestreitbar, dass auch in der Tschechischen Republik Tendenzen kommunistischer Nostalgie zu beobachten sind. Diese sind im Vergleich zu anderen post-kommunistischen Staaten jedoch weniger ausgeprägt und beschränken sich fast ausschließlich auf die ältere Generation. Die jüngere Generation scheint die plurale Demokratie verinnerlicht zu haben. Dies heißt allerdings nicht, dass diese Bürger nicht auch unter einem gewissen sozialen Druck stehen und mit der politischen sowie wirtschaftlichen Situation im Land uneingeschränkt zufrieden wären. Vielmehr erkennen auch sie diese Missstände, versuchen jedoch konstruktiv damit umzugehen und sich beispielsweise durch Eigeninitiative in Nichtregierungs-Organisationen aktiv in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Ostalgietendenzen in Tschechien und mit ihnen die KSČM mit der Zeit „aussterben“ werden. Dies ist deutlich an der Mitgliederzahl der Partei abzulesen, die seit der Wende kontinuierlich, von ca. 350.000 Mitgliedern im Jahr 1992 auf 77.115 Mitglieder in 2008, geschrumpft ist. Im Schnitt verliert die KSČM jährlich sechs bis sieben Prozent ihrer Mitgliederbasis. Mit Blick auf diese Entwicklung ist hervorzuheben, dass vor allem junge und gebildete Menschen aus der Partei austreten. Hatten 1989 noch 19 Prozent der Mitglieder einen Hochschulabschluss, so waren dies zehn Jahre später nur noch 9,2 Prozent. Obwohl die KSČM hierzu in den letzten Jahren keine weiteren Zahlen veröffentlicht hat, ist davon auszugehen, dass dieser Anteil weiter gesunken ist. Analog zu diesen Entwicklungen ist das Durchschnittsalter der Mitglieder mittlerweile auf 70 Jahre angestiegen, nur 18.000 Mitglieder sind jünger als 60 Jahre.¹³ Die KSČM besteht daher fast ausschließlich aus Menschen im Rentenalter. Es ist daher augenscheinlich, dass die kommunistische Partei

13 | Vgl. Holubec (2009).

Tschechiens immer mehr Wähler und somit auch politischen Einfluss verlieren wird. Die KSČM muss sich aufgrund dieser fehlenden Nachwuchsgeneration und ihres hartnäckigen Reformunwillens mit der Aussicht befassen, auf lange Sicht sowohl auf Funktionärs- als auch auf der Mitgliederebene „auszusterben“.

ČSSD UND KSČM – EINE POTENZIELLE REGIERUNGSKOALITION?

Obgleich dieses generellen Bedeutungsverlusts der KSČM wurde die Partei von der sozialdemokratischen ČSSD nach den Wahlen zu den Regionalparlamenten im Jahr 2008 an Regierungskoalitionen in den Regionen Karlsbad und Mähren-Schlesien beteiligte. Zudem lässt die ČSSD ihre Minderheitsregierungen in anderen Regionen von der KSČM dulden. Das erste Mal seit 1989 ist die kommunistische Partei somit auf der zweiten tschechischen Verwaltungsebene an der Regierungsverantwortung beteiligt. 20 Jahre nach der „Samtenen Revolution“ in Tschechien ist dies eine ernst zu nehmende Entwicklung. Jiří Paroubek, Parteivorsitzender der ČSSD, bezeichnete die Regierungskoalitionen mit der KSČM in den Regionen seinerzeit zwar als „vernünftig“, betonte aber, dass eine Koalition mit der KSČM auf nationaler Ebene ausgeschlossen sei. Im Jahr 1995 hatte ein ČSSD-Parteitag im nordböhmischen Bohumin einen entsprechenden Beschluss verabschiedet und dieser, so Paroubek, bleibe in Kraft. Die ČSSD sei erst dann zu einer Koalition mit den Kommunisten bereit, wenn diese sich zu ihrer Vergangenheit bekennen und sich für die verübten Verbrechen entschuldigen – Forderungen, die für die KSČM zumindest bislang inakzeptabel sind. Die Glaubwürdigkeit des ČSSD-Parteivorsitzenden wird in der Bevölkerung allerdings angezweifelt. Allein schon die Tatsache, dass es in den Regionen überhaupt zu Regierungsbündnissen mit der KSČM gekommen ist, scheint diese Zweifel zu berechtigen. Nicht zuletzt bleibt auch aufgrund des starken Machtdrangs Paroubeks hinsichtlich der Parlamentswahlen im Mai 2010 abzuwarten, ob die ČSSD die Kommunisten auch dann ignorieren kann, wenn eine potenzielle Regierungskoalition auf nationaler Ebene über eine Mehrheit verfügen würde. Dabei hängt die Stärke der KSČM in den Parlamentswahlen 2010, neben der Haltung der anderen Partei-

Obgleich dieses generellen Bedeutungsverlusts der KSČM wurde die Partei von der sozialdemokratischen ČSSD nach den Wahlen zu den Regionalparlamenten im Jahr 2008 an Regierungskoalitionen in den Regionen Karlsbad und Mähren-Schlesien beteiligte. Zudem lässt die ČSSD ihre Minderheitsregierungen in anderen Regionen von der KSČM dulden. Das erste Mal seit 1989 ist die kommunistische Partei somit auf der zweiten tschechischen Verwaltungsebene an der Regierungsverantwortung beteiligt.

en ihr gegenüber, ganz wesentlich von der Höhe der Wahlbeteiligung ab. Wie für extreme Parteien charakteristisch, hat die KSČM eine sehr loyale und leicht zu mobilisierende Wählerschaft. Bei gleichbleibender Wahlbeteiligung ist somit von einem Ergebnis zwischen zwölf und 14 Prozent auszugehen, fällt die Wahlbeteiligung jedoch deutlich geringer aus, so ist dies für die kommunistische Partei zwangsläufig von Vorteil und birgt das Potenzial, an das Rekordwahlergebnis von 18,5 Prozent aus dem Jahr 2002 anzuknüpfen; hier lag die Wahlbeteiligung bei nur 58 Prozent. Schließlich ist auch der Erfolg bei den Regionalwahlen im Oktober 2008 auf die geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen. Eine zentrale Rolle für diese Thematik spielen die aktuellen politischen Turbulenzen in Tschechien rund um die erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Ansetzung der vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 2009 und die letztendliche Weigerung der ČSSD, einem Verfassungszusatz zuzustimmen, der Neuwahlen im November 2009 ermöglicht hätte. Einerseits ist anzunehmen, dass dieses „Hin und Her“ negative Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung 2010 hat, andererseits könnte es das Protestwählerpotenzial in der Bevölkerung deutlich erhöhen, was wiederum auch der kommunistischen Partei zu Gute kommen würde.

Sollte es aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen und Positionen nach den nationalen Parlamentswahlen im Mai 2010 tatsächlich zu einer Regierungsbeteiligung der KSČM kommen, was zumindest für den pragmatischen Flügel der Partei um den Parteivorsitzenden Vojtěch Filip möglich erscheint, würde dies nicht per se zu einer generellen Neuausrichtung der Politik führen. Jedoch wären zum einen hohe Belastungen des Staatshaushalts durch steigende Sozialausgaben zu erwarten.

Sollte es aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen und Positionen nach den nationalen Parlamentswahlen im Mai 2010 tatsächlich zu einer Regierungsbeteiligung der KSČM kommen, was zumindest für den pragmatischen Flügel der Partei um den Parteivorsitzenden Vojtěch Filip möglich erscheint, würde dies nicht *per se* zu einer generellen Neuausrichtung der Politik führen. Jedoch wären zum einen hohe Belastungen des Staatshaushalts durch steigende Sozialausgaben zu erwarten. Zum anderen würde Tschechien aufgrund der Nähe der KSČM zu Russland, China oder auch

Venezuela und der ablehnenden Haltung gegenüber der EU und NATO an Vertrauen in diesen Bündnissen einbüßen. Einen Anfang haben hier die Querelen rund um den Lissabonner Vertrag im Jahr 2009 gesetzt.

ODS UND KSČM – DIE SOZIALSTAATS- PROBLEMATIK

Es ist in diesem Rahmen vor allem Mirek Topolánek, Parteivorsitzender der ODS, der die ČSSD regelmäßig aufgrund ihrer Regierungskoalitionen mit der KSČM in den Regionen scharf attackiert und eindringlich vor einer derartigen Koalition auf nationaler Ebene warnt. Auch die marktliberale Ausrichtung der ODS trägt dazu bei, dass sich die sozio-ökonomische Konfliktlinie, welche in Tschechien von der angesprochenen „Transformationsgewinner vs. Transformationsverlierer-Problematik überlagert wird, nicht überbrückt wird. Viele Menschen hatten sich nach der „Samtenen Revolution“ ein weitreichendes wohlfahrtsstaatliches System gewünscht. Ein Anliegen, dass von der ODS aus haushaltsrelevanten Gründen nicht umgesetzt wurde. Zudem sträubten sich die ODS-Spitzen gegen die Verwendung von Begriffen wie „Sozialstaat“ oder „Soziale Marktwirtschaft“. Der Aufbau des Wohlfahrtssystems in der Tschechischen Republik unter dem damaligen Ministerpräsidenten und studierten Nationalökonom Václav Klaus (ODS) wurde folglich von einer liberal-konservativer Rhetorik begleitet, der eine „Thatchersche Prägung“¹⁴ (Marktwirtschaft ohne Adjektiv) nachgesagt wurde und letztlich nur in der Errichtung einer sozialstaatlichen Grundstruktur resultierte. Diese wurde zwar – besonders im Kontext des EU-Beitritts – partiell erweitert, doch Experten konstatieren, dass sich das tschechische Sozialsystem seit 1989 nie gänzlich stabilisiert, geschweige denn konsolidiert hat.¹⁵ Umfragedaten des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik scheinen dies zu belegen: Bei einer repräsentativen Bürgerbefragung im März 2006 gaben über 65 Prozent der Befragten an, dass in Tschechien Reformen im Bereich des Sozialsystems und der Renten notwendig seien. Zudem gab es in der tschechischen Öffentlichkeit große Kontroversen bezüglich der Sozialreformen der ODS-Regierung nach den Parlamentswahlen von 2006. Diese Tendenzen kommen wiederum der KSČM zugute, da diese am häufigsten Kritik an den Reformbemühungen der anderen Parteien äußert und zum Großteil von den „Verlierern“ der wirtschaftlichen Transformation, den Gegnern einer

14 | Vgl. Petr Fiala und Miroslav Mares, „Nach der Reform ist vor der Reform: Das tschechische Wohlfahrtssystem“, in: Klaus Schubert (Hrsg.), *Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch* (Wiesbaden: 2008), S. 109-126.

15 | Vgl. Ebenda.

marktliberalen Politik, gewählt wird. Da viele Betroffene auch von der Sozialpolitik der ČSSD, welche im politischen Spektrum Tschechiens immer mehr die Mitte entdeckt, enttäuscht sind, bietet sich die KSČM mit ihren vielfältigen Versprechungen im Bereich der sozialen Sicherheit als Alternative an. Ein am 1. Oktober 2009 in der *Prager Zeitung*¹⁶ erschienener Artikel belegt, dass das traditionelle Wählerklientel der KSČM – Rentner und ältere, gering verdienende Bürger – besonders vom schlecht ausgebauten Sozialstaat betroffen ist. Rentnerverbände gehen davon aus, dass sich fast jeder zweite Rentner in der Nähe der Altersarmut befindet. Zwar kann nicht belegt werden, dass die Stammwählerschaft der ODS hiervon überdurchschnittlich häufig betroffen ist, doch verdeutlichen Entwicklungen in Deutschland und anderen europäischen

Es muss somit die Frage aufgeworfen werden, wie lange die ODS-Programmatik die Verlierer der Transformation noch ignorieren kann. Blickt man z. B. auf die Arbeitslosigkeit, so wird sich die Lage in Tschechien, ebenso wie in anderen Staaten Zentral- und Osteuropas, in Zukunft – als Folge der weltweiten Finanzkrise und der Rezession – eher verschärfen und Fragen der sozialen Sicherheit in den Vordergrund drängen. Wenn man auf diese Fragen weiterhin mit marktliberaler Politik antwortet, wird sich das Protestwählerpotenzial gegen eine solche Politik deutlich erhöhen.

Ländern das Mobilisierungspotenzial der sozio-ökonomischen Konfliktlinie in sozialen Fragen. Es muss somit die Frage aufgeworfen werden, wie lange die ODS-Programmatik die Verlierer der Transformation noch ignorieren kann. Blickt man z. B. auf die Arbeitslosigkeit, so wird sich die Lage in Tschechien, ebenso wie in anderen Staaten Zentral- und Osteuropas, in Zukunft – als Folge der weltweiten Finanzkrise und der Rezession – eher verschärfen und Fragen der sozialen Sicherheit in den Vordergrund drängen. Wenn man auf diese Fragen weiterhin mit marktliberaler Politik antwortet, wird sich das Protestwählerpotenzial gegen eine solche Politik deutlich erhöhen. Da auch die tschechische Sozialdemokratie für viele tschechische Bürger

in dieser Hinsicht keine adäquate Alternative zu sein scheint, stärkt dies die KSČM in ihrer jetzigen Form. Selbst wenn man davon ausgeht, dass kommende Generationen aufgrund ihrer politischen Sozialisation eine stalinistische Partei für nicht wählbar halten, so erhöht sich doch auch langfristig die Chance der KSČM, sich zu einer gemäßigten linksextremen Partei zu wandeln. Hierfür würden in der Tschechischen Republik „gute“ Voraussetzungen herrschen: ODS, KDU-ČSL und auch TOP 09 positionieren sich allesamt im Mitte-Rechts-Spektrum. Auch die ČSSD rückt immer weiter in diese Richtung. Dies schafft Raum und Wählerpotenzial für eine linke Partei.

16 | Vgl. Martin Preusker, „Kampf gegen Altersarmut“, in: *Prager Zeitung* vom 01.10.2009, S. 3.

RESÜMEE – DER UNVOLLENDETE AUFARBEITUNGS- PROZESS DER KOMMUNISTISCHEN HERRSCHAFT IN TSCHECHIEN

Im Kontext kommunistischer Nostalgie, die sich in der Tschechischen Republik immer weiter abschwächt, wird deutlich, dass der Aufarbeitungsprozess der kommunistischen Herrschaft in Tschechien auch 20 Jahre nach der „Samtenen Revolution“ noch nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann. Solange die politische und gesellschaftliche Indifferenz gegenüber der unreformierten kommunistischen Partei im Land anhält, ist hiervon auch in Zukunft nicht auszugehen. Der tschechische Senator Jaromir Stetina (Grüne) spricht in diesem Zusammenhang davon, dass man erst den Sumpf trockenlegen muss, bevor man ein festes Fundament für ein neues Haus bauen kann.¹⁷ Dabei ist es augenscheinlich, dass ein solcher Prozess nicht „über Nacht“ vonstatten gehen kann. Ein derartiger Sinneswandel kann sich durchaus über zwei bis drei Generationen hinziehen und verläuft dabei selten geradlinig. Was jedoch Sorge bereitet, ist die bereits beschriebene Indifferenz großer Teile der Bevölkerung gegenüber der KSČM sowie auch die Haltung der anderen demokratischen Parteien. Beide Ebenen scheinen die KSČM als Teil des politischen Systems der Tschechischen Republik anerkannt zu haben. Eine erfolgreiche Aufarbeitung des kommunistischen Regimes erfordert aber eine Bündelung sämtlicher demokratischer und antiextremistischer Kräfte (und zwar beiderseits der politischen Mitte). Dies ist notwendig, um die Verfassung und Gesetze dieser noch jungen Demokratie zu stärken. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit und gemeinschaftliche Verantwortung für Parteien und NGOs, die tschechischen Bürger weiter für dieses Thema zu sensibilisieren und sie auf den destabilisierenden Einfluss der KSČM hinzuweisen. Ein Bedeutungsgewinn oder gar eine Regierungsbeteiligung der KSČM nach den nächsten Parlamentswahlen im Mai 2010 wäre 21 Jahre nach der „Samtenen Revolution“ ein fataler Rückschritt.

17 | Vgl. Jaromir Stetina, „Opposition und Widerstand gegen die Totalität als Identitätsquelle“, in: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Botschaft der Tschechischen Republik, Tschechisches Zentrum (Hrsg.), *Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit. Deutsche und Tschechische Wege nach 1989 – ein Vergleich* (Berlin: 2008), S. 221–240.